

Ein bisschen Zuversicht

Baden-Württemberger fürchten wirtschaftliche Folgen der Corona-Pandemie – BaWüCheck belegt aber wachsende Hoffnung

Frage: „Haben Sie den Eindruck, dass Ministerpräsident Winfried Kretschmann sich ausreichend für die Wirtschaft Baden-Württembergs einsetzt, oder müsste er da mehr tun?“

	Bevölkerung insgesamt	Weitere wirtschaftliche Entwicklung		
		eher bergauf	gleich bleibend	eher bergab
Setzt sich ausreichend ein	39	64	38	25
Müsste mehr tun	38	22	37	53
Unentschieden	23	14	25	22

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6161

Kretschmanns Einsatz stößt auf geteiltes Echo

Pessimisten wünschen sich stärkeres Engagement des Landesvaters

In Bezug auf die Unterstützung der Wirtschaft in der durch die Pandemie bestimmten und schwierigen Lage durch die Politik ist das Meinungsbild gespalten. 39 Prozent der Bevölkerung haben den Eindruck, dass sich Ministerpräsident Kretschmann ausreichend für die Wirtschaft einsetzt, 38 Prozent meinen, er müsse auf diesem Gebiet mehr tun.

Diese Einschätzung wird erwartungsgemäß auch durch die parteipolitischen Sympathien beeinflusst. Von den Anhängern der Grünen ziehen zwei Drittel die Bilanz, dass Ministerpräsident

Kretschmann sich ausreichend für die Wirtschaft engagiert, von den Anhängern des Koalitionspartners CDU 42 Prozent.

Darüber hinaus hängt das Urteil in hohem Maße davon ab, wie die Perspektiven eingeschätzt werden. Diejenigen, die einen wirtschaftlichen Aufwärtstrend erwarten, sind weit überwiegend mit dem Engagement des Ministerpräsidenten zufrieden, während die Mehrheit derjenigen, die sich auf einen Abwärtstrend einstellen, mehrheitlich ein verstärktes Engagement einfordern.

Zwar ist die Stimmung der Bevölkerung in Baden-Württemberg zu Beginn des neuen Jahres noch gedämpft: Die Mehrheit sieht, wie sich in der Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg, dem BaWüCheck ergab, den nächsten zwölf Monaten skeptisch oder sogar mit ausgeprägten Befürchtungen entgegen: Das gilt für 52 Prozent, während 40 Prozent optimistisch sind.

Frauen sind zurzeit noch wesentlich skeptischer als Männer. Die mittlere Generation, die im Beruf steht, ist skeptischer als die junge und die ältere Generation.

Die Trendanalyse zeigt jedoch, dass der Optimismus seit Oktober wächst: Im Oktober sahen lediglich 30 Prozent den nächsten zwölf Monaten optimistisch entgegen, im November 37 Prozent, aktuell 40 Prozent.

Weiter zeigt sich: Trotz der ökonomischen Kollateralschäden der Krise und der großen Zahl der unmittelbar Betroffenen bewertet die Mehrheit der Bürger die wirtschaftliche Lage des Landes zurzeit

gut. Insgesamt 57 Prozent schätzen die wirtschaftliche Lage des Landes positiv ein, 35 Prozent negativ.

Auch wenn die Mehrheit die wirtschaftliche Lage des Landes positiv sieht, fällt die Bilanz deutlich schlechter aus als in Vorkrisenzeiten. Vor allem ist die Bevölkerung jedoch überzeugt, dass die Wirtschaft noch nicht über den Berg ist. Die große Mehrheit erwartet, dass die Arbeitslosigkeit im Land in den nächsten Monaten steigt.

Nur eine Minderheit erwartet einen wirtschaftlichen Aufwärtstrend. 28 Prozent der Bürger in Baden-Württemberg gehen für 2021 von einem Aufschwung in der Wirtschaft aus, 37 Prozent dagegen von einem Abwärtstrend; 24 Prozent erwarten eine Seitwärtsbewegung, bei der sich an der aktuellen Situation auf absehbare Zeit nur wenig ändert.

Vor allem rechnet die Mehrheit mit zahlreichen Firmenpleiten. 56 Prozent der Bevölkerung sind überzeugt, dass viele Unternehmen bald aufgeben müssen.

Die Umfrage der Tageszeitungen

Wie zufrieden sind die Menschen in Baden-Württemberg mit der Arbeit der Landesregierung? Werden die richtigen Schwerpunkte gesetzt, wo wird nur geredet, wo wird gehandelt? Das wollten die Tageszeitungen in Baden-Württemberg in ihrer gemeinsamen Umfrage, dem BaWüCheck, genauer wissen und arbeiteten dafür mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zusammen. Das IfD befragt einmal im Monat im Auftrag der Tageszeitungen mehr als 1000 Menschen im

Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Das IfD gehört zu den namhaftesten Umfrage-Instituten Deutschlands, auf den Rat der IfD-Chefin Renate Köcher greifen Vorstandsvorsitzende, Regierungschefs und Verbände zurück. Die gedruckten Tageszeitungen in Baden-Württemberg erreichen jeden Tag mehr als fünf Millionen Menschen, hinzu kommen die Leserinnen und Leser auf den reichweitenstarken Onlineportalen der Tageszeitungen.



Frage: „Baden-Württemberg hat seine gute wirtschaftliche Lage zu einem großen Teil der Automobilindustrie zu verdanken. Gehen Sie davon aus, dass die Automobilindustrie auch in den kommenden Jahren zu einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung in Baden-Württemberg beitragen wird, oder wird die Automobilindustrie in ihrer Bedeutung sinken?“

	Bevölkerung insgesamt	Weitere wirtschaftliche Entwicklung		
		eher bergauf	gleich bleibend	eher bergab
Wird zu erfolgreicher weiterer Entwicklung beitragen	30	50	29	18
Wird in ihrer Bedeutung sinken	49	38	43	64
Unentschieden	21	12	28	18

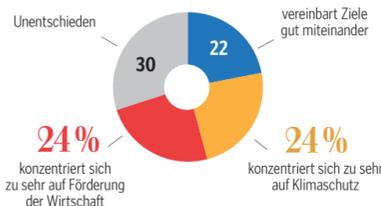
Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6161

Frage: „Es kann ganz unterschiedlich sein, wie sich die Corona-Krise auf die persönliche Situation auswirkt. Welche der folgenden Punkte treffen auf Sie zu?“

	Bevölkerung insgesamt	Berufstätige
Ich habe wegen der Corona-Krise Einkommenseinbußen	18	23
Meine wirtschaftliche Lage hat sich verschlechtert	12	15
Ich befürchte, dass sich meine wirtschaftliche Lage verschlechtern wird	12	14
Ich habe noch keine Einkommenseinbußen, befürchte das aber für die Zukunft	11	14
Ich bin derzeit in Kurzarbeit	9	14
Ich mache mir Sorgen, dass ich meinen Arbeitsplatz verlieren könnte	8	12
Ich war in Kurzarbeit, bin es aber nicht mehr	7	10
Meine wirtschaftliche Lage hat sich verbessert	6	7
Ich habe wegen der Corona-Krise meinen Arbeitsplatz verloren	4	3
Nichts davon	49	38

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6161

Frage: „Haben Sie den Eindruck, dass die Regierung in Baden-Württemberg die beiden Ziele Wirtschaftswachstum und Klimaschutz gut miteinander vereinbart, oder konzentriert sich die Regierung zu sehr auf den Klimaschutz oder zu sehr auf die Förderung der Wirtschaft?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6161

Klimaschutz und Wirtschaft sind schlecht zu vereinbaren

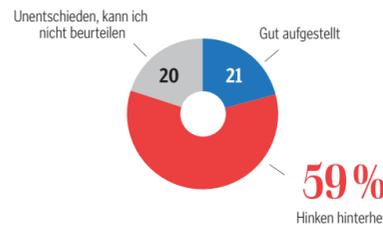
Grün-schwarze Regierung im Spagat zwischen Ökologie und Ökonomie

Angesichts der starken Fokussierung auf die Bekämpfung der Pandemie und ihrer ökonomischen Kollateralschäden wird häufiger die Befürchtung geäußert, dass andere wichtige politische Ziele wie insbesondere der Klimaschutz zu kurz kommen.

Wenn hier die Politik der Landesregierung zur Diskussion steht, ziehen nur 22 Prozent der Bevölkerung die Bilanz, dass es der Regierung gut gelingt, die Ziele Wirtschaftswachstum und Klimaschutz miteinander zu vereinbaren.

Dagegen erheben 24 Prozent den Vorwurf, die Landesregierung konzentriere sich zu sehr auf die Förderung der Wirtschaft; ebenso viele werfen ihr jedoch vor, sie konzentriere sich zu sehr auf den Klimaschutz. Laut Umfrage ziehen diejenigen, die mit einem wirtschaftlichen Aufwärtstrend rechnen, überdurchschnittlich die Bilanz, dass die Regierung beide Ziele gut miteinander vereinbart; aber auch der Vorwurf, die Regierung konzentriere sich zu stark auf die Förderung der Wirtschaft, wird in dieser Gruppe überdurchschnittlich erhoben.

Frage: „Was glauben Sie: Sind die Unternehmen in Baden-Württemberg beim Thema Digitalisierung alles in allem gut aufgestellt, oder hinken sie da hinterher?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6161

Autoindustrie verliert massiv an Bedeutung

Wirtschaftliche Entwicklung des Landes koppelt sich mehr und mehr vom Fahrzeugbau ab

Auch die Zukunft der Vorzeigewirtschaft des Landes, der Automobilindustrie, sehen viele skeptisch. Nur 30 Prozent gehen davon aus, dass die Automobilindustrie auch in den kommenden Jahren wesentlich zu einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung in Baden-Württemberg beitragen wird. Jeder Zweite erwartet dagegen, dass die Bedeutung der Automobilindustrie für die Wirtschaft des Landes sinken wird.

Diese Erwartungen hängen eng mit der generellen Einschätzung der wirtschaftlichen Perspektiven

des Landes zusammen. Nur diejenigen, die mit einem wirtschaftlichen Aufwärtstrend im Land rechnen, gehen überwiegend davon aus, dass die Automobilindustrie dazu einen wesentlichen Beitrag leisten wird, während diejenigen, die sich auf einen wirtschaftlichen Abwärtstrend des Landes einstellen, mit großer Mehrheit von einer Schwächung der Automobilindustrie ausgehen. So erwarten 64 Prozent derjenigen, die die wirtschaftlichen Perspektiven des Landes insgesamt skeptisch sehen, auch einen Bedeutungsverlust der Automobilindustrie.

Pandemie schadet der eigenen Situation

Einkommenseinbußen, Kurzarbeit und Sorgen um den Job

Insgesamt verzeichnet die Hälfte der baden-württembergischen Bevölkerung direkte Folgen der Pandemie auf ihre wirtschaftliche Situation oder Perspektiven; dies gilt überdurchschnittlich für die berufstätige Bevölkerung.

18 Prozent der Bevölkerung, 23 Prozent der Berufstätigen, haben durch die Krise Einkommenseinbußen, zwölf Prozent in einem Maße, dass sich die eigene wirtschaftliche Lage signifikant verschlechtert hat.

Jeder Achte befürchtet, dass sich die eigene wirtschaftliche

Lage in absehbarer Zeit durch die Krise verschlechtern wird, vier Prozent haben durch die Krise ihren Arbeitsplatz verloren.

Noch größer ist der Anteil, der zurzeit in Kurzarbeit ist: Das trifft auf 14 Prozent aller Berufstätigen in Baden-Württemberg zu, zwölf Prozent fürchten um ihren Arbeitsplatz.

Deutlich kleiner ist der Anteil der „Corona-Gewinner“: Insgesamt ziehen sechs Prozent der Bevölkerung in Baden-Württemberg die Bilanz, dass sich die Krise wirtschaftlich auf die eigene Situation positiv ausgewirkt hat.

Riesiger Nachholbedarf bei der Digitalisierung

Besonders Berufstätige bemängeln die Defizite bei Netzen, Strukturen und Kenntnissen

Zu den Auswirkungen der aktuellen Corona-Krise kommt der generelle Strukturwandel, insbesondere der Transformationsprozess in der Automobilindustrie und die Digitalisierung. Die Mehrheit der Bürger ist überzeugt, dass die Unternehmen in Baden-Württemberg beim Thema Digitalisierung noch nicht ausreichend gut aufgestellt sind.

Lediglich 21 Prozent halten die Unternehmen für gut vorbereitet, während 59 Prozent überzeugt sind, dass sie der Entwicklung noch hinterherhinken.

Die berufstätige Bevölkerung und die höheren Bildungsschichten bewerten den Stand der Digitalisierung noch kritischer als der Durchschnitt der Bevölkerung.

Nicht nur in Industrie und Dienstleistung hat das Land Nachholbedarf: Viele Schulleiter sehen in der Digitalisierung der Schulen die größte Baustelle im Schulalltag während der Corona-Krise. Fast jeder zweite befragte Schulleiter gab in einer Umfrage des Verbands Bildung und Erziehung fehlende Geräte und Schwierigkeiten beim Online-Unterricht als größte Probleme an.